



*SPD-Fraktion
im Rat der Landeshauptstadt Hannover*

Rechenschaftsbericht

*Programm-Parteitag des SPD-Stadtverbandes Hannover
8. Mai 2021*

Eine Stadt für alle.

Eine Stadt für alle!

Unsere Bilanz über die Ratsperiode 2016–2021

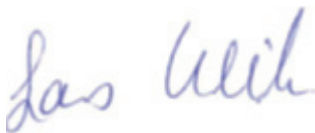
„Eine Stadt für alle“ – das ist unser Leitmotiv bei der Gestaltung eines sozial gerechten, weltoffenen, toleranten und zukunftsfähigen Hannovers.

Wir haben diesen Anspruch in dieser Ratsperiode, die am 31. Oktober enden wird, in einer neuen Konstellation umgesetzt: in einer „Ampel“-Partnerschaft mit Bündnis 90/Die Grünen und der FDP. Gemeinsam haben wir wichtige Akzente im Rat der Landeshauptstadt gesetzt, insbesondere in den drei Doppel-Haushalten für die Jahre 2017/2018, 2019/2020 und 2021/2022 – mit Investitionsmitteln von deutlich mehr als 2 Milliarden Euro pro Jahr. Trotz der angespannten Haushaltslage, die sich in den letzten 14 Monaten durch die Corona-Pandemie ergeben hat, ist uns dies gerade auch im neuesten Doppelhaushalt gelungen.

Starke Impulse haben wir als SPD-Ratsfraktion unter anderem in der Wohnungspolitik durch die Bereitstellung von Flächen und Fördermitteln, in der Sozialpolitik bei der Obdachlosenhilfe und in der Bildungspolitik durch ein Konzept für Schulen mit besonderen Herausforderungen und die Ausweitung des Ganztagsangebotes gesetzt. In der Jugendhilfe haben wir durch die Neuorganisation des Stadtjugendringes und die Einrichtung eines „Hannoverfonds“, in der Ordnungspolitik mit einem Sicherheitskonzept sowie in der Finanzpolitik durch die Dynamisierung von Zuwendungen an freie Träger wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Kulturhauptstadt Europas 2025 ist leider nicht Hannover, dessen Bewerbung wir angeschoben und tatkräftig unterstützt haben, geworden, sondern Chemnitz. Als Frucht der Bewerbung bleibt allerdings der Kulturentwicklungsplan – und zwar weit über das Jahr 2021 hinaus. – Wie im Übrigen so vieles, was wir bereits angeschoben haben. Die rege Bautätigkeit und die starken Unterstützungsleistungen zur Kompensation der Pandemie-Folgen sind Ergebnisse dieser Arbeit. Diesen Kurs setzen wir fort.

Mitgewirkt haben daran viele Menschen: in der Fraktion, in der Partei, in Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden, Netzwerken und Institutionen, in der Stadtverwaltung und in den Bezirksräten. Stellvertretend bedanken wir uns bei Christine Kastning, bis zum November 2019 unsere Fraktionsvorsitzende, bei den Stadtverbandsvorsitzenden Alptekin Kirci (bis Januar 2020), Ulrike Strauch und Adis Ahmetovic. Was wir als Mitglieder des Rates – ebenso wie unsere Mitglieder in den Bezirksräten – leisten, unterstützen die Beschäftigten unserer Fraktionsgeschäftsstelle. Auch ihnen gilt unser/mein herzlicher Dank.

Unsere Stadt war vor der Pandemie ein attraktiver Wirtschafts- und Veranstaltungsort und wurde als Touristikziel immer beliebter. Das zeigt, dass unsere Politik richtig ist. Daran schließen wir an, denn auch künftig soll Hannover eine Stadt für alle sein.



Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Soziales

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Robert Nicholls (Sprecher), Hülya Iri, Angelo Alter.

Beratende Mitglieder: Birgit Merkel, Reinhold Fahlbusch.

In den zurückliegenden Monaten hat die Covid-19-Pandemie viele Menschen in Hannover in finanzielle Schwierigkeiten gebracht und bestehende sozialen Notlagen verschärft. Unsere Unterstützungssysteme mussten infolge der Pandemie an neue Bedarfe angepasst werden. Davon ist auch die soziale Arbeit und die Quartiers- und Nachbarschaftsarbeit betroffen. Wir setzen uns dafür ein, dass den Bürger*innen in unserer Stadt der Zugang zu Informationen und Unterstützungsmöglichkeiten erleichtert wird. Denn ohnehin muss sich kommunale Sozialpolitik den Herausforderungen trotz enger finanzieller Spielräume stellen. Es gilt, allen Bewohner*innen der Stadt die Teilhabe an einem selbstbestimmten Leben zu ermöglichen und nicht nur auf krisenhafte Situationen zu reagieren. Im besten Falle wird das eigenverantwortliche Handeln gestärkt und ein Umfeld geschaffen, in dem jede*r Einzelne auch die Übernahme von Verantwortung für die Mitmenschen befürwortet. Für die Sozialpolitiker*innen unserer Fraktion ist dieser präventive Ansatz jedoch nicht ohne eine enge Abstimmung mit anderen kommunalen Handlungsfeldern, wie Bildung und Wohnungsbau, zu bewerkstelligen. Für die Bewältigung der Aufgaben durch Inklusion, Teilhabe, den demografischen Wandel und den Zuzug in unsere wachsende Stadt wollen wir gute Rahmenbedingungen schaffen, die sich auch immer an den Interessen der Menschen orientieren. Sozial im Dialog, für eine Stadt, die lebenswert für alle Menschen sein will! Im Zentrum unserer Sozialpolitik steht immer der Mensch in einem lebendigen Stadtteil.

Fortentwicklung der Nachbarschaftsarbeit

Seit dem Ende des Förderprogramms „Soziale Stadt“ in Mittelfeld ist der Bewohner- und Stadtteilverein „SchMitt e.V. - Schönes Mittelfeld“ ein wesentlicher Baustein zur Sicherung der Nachhaltigkeit der erzielten Ergebnisse. Ebenso wurden die nachbarschaftlichen Unterstützungssysteme in den Stadtteilen Stöcken, Hainholz und Sahlkamp gezielt unterstützt. Das gilt auch für die Nachbarschaftsarbeit im Canarisweg, der künftig noch mehr an den Bedürfnissen der Bewohner*innen ausgerichtet werden soll. Durch eine sozialpädagogische Personalstelle ist es möglich, mit den Bewohner/innen gemeinsam Projekte zu entwickeln und zu betreuen. Besonders Angebote für Frauen in belasteten Lebenslagen sollen gemeinsam mit den Betroffenen entwickelt werden. In den Quartieren wollen wir für die Bewohner*innen eine Anlaufstelle zur Förderung von Teilhabe. Dazu zählt auch der Werkstatttreff Mecklenheide e.V., dessen Bedeutung sowohl als arbeitsmarktpolitisches Instrument als auch als sozial-integrative Kraft im Stadtteil Hainholz nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die Sozial-AG unterstützt die strukturellen Veränderungen des Werkstatttreffs in seinem Bemühen, sich zukunftsfest aufzustellen.

Wege aus der Obdachlosigkeit

Unsere Sozial-AG setzt sich dafür ein, dass obdachlose Menschen über niedrigschwellige Angebote den Zugang zu Wohnraum finden. Dass dies möglich ist, hat die Nothilfe für Obdachlose in der Jugendherberge Hannover während der Akut-Phase der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 eindrücklich gezeigt. Auf unsere Initiative hin erhält das private Modellprojekt „Wohnen und dann ...“ eine finanzielle Unterstützung, so dass das Konzept Housing First in Hannover erprobt werden kann. Zusätzlich wird nun das städtische Konzept „Plan B – OK“ (OK steht für Orientierung und Klärung) in Döhren umgesetzt. Auch dieses Projekt richtet sich an alle Menschen ohne eigene Wohnung, die aufgrund von sozialen Schwierigkeiten nicht aus eigener Kraft aus ihrer Wohnungslosigkeit herausfinden können. „Plan B – OK“ hätte nicht ohne den Einsatz der Niedergerke-Stiftung sowie die MUT-Stiftung realisiert werden können. In beiden Projekten sollen die Teilnehmer*innen intensiv persönlich betreut und dabei unterstützt werden, eine neue Lebensperspektive zu entwickeln. Auch Plätze für Personen mit einem ungeklärten Leistungs- und Aufenthaltsstatus sind vorgesehen.

Alltagsunterstützende, aufsuchende Sozialarbeit, die sich an Menschen mit multiplen Alltagsbelastungen in Armut und prekärer sozialer Situation wendet, kann ebenfalls dazu beitragen, Obdachlosigkeit zu vermeiden. Unsere AG setzt sich für die Unterstützung einer Initiative in der Jobst-Wagenschen Stiftung ein, weil hier gezielte Angebote dazu beitragen, schnell und niedrigschwellig Problemsituationen zu identifizieren und zu lösen. Diese Angebote stellen außerdem die Brücke zu weiteren Hilfesystemen (Schuldner*innenberatung, Suchtberatung, Pflege etc.) dar.

Um den dringenden Bedarf u.a. einer besseren Gesundheitsversorgung von obdachlosen und wohnungslosen Menschen zu befriedigen, soll ein Zentrum für Wohnungslosenhilfe in der Mitte der Stadt entstehen. Eine Kofinanzierung des Mecki-Landens wurde von uns auf den Weg gebracht – doch der Versorgungsbedarf bringt alle Beteiligten sowohl räumlich als auch personell immer wieder an die Grenzen. Wichtig ist jetzt, dass der Mecki-Laden zügig an einen neuen, besseren innerstädtischen Standort umziehen kann. Zusätzliche Mittel in der Obdachlosenhilfe werden für diverse aufeinander abgestimmte Angebote der Gesundheitsversorgung und für einen Duschbus bereitgestellt. Wer auf der Straße lebt, hat oft einen erschwerten Zugang zu notwendigen medizinischen Hilfen. Stationäre und mobile Angebote sollen besser aufgestellt werden, um so Lücken zu schließen.

Grundsätzlich fordert unsere Sozial-AG ein Konzept für ein innerstädtisches Zentrum für Gesundheit, Erstversorgung, Prävention und Beratung (ZGEPB) für Wohnungslose und für von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (AGW) in Stadt und Region Hannover müssen gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um unter Zusammenführung aller verfügbaren Kräfte den höchstmöglichen Synergieeffekt zu erzielen. Für die Klärung der Finanzierung des Zentrums für Wohnungslosenhilfe haben sich die Stadt und die Region Hannover ins Benehmen zu setzen. Förderungen des Landes für ein solches sogenannte Hygienezentrum können beantragt werden. Stadt und Region sind aufgefordert, ihre Bemühungen um eine geeignete Immobilie zu intensivieren.

Selbstbestimmt leben in allen Lebenslagen

Die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen haben wir mit dem Ziel ausgeweitet, dass insbesondere junge Menschen in ihrem Quartier selbstbestimmt leben können. Darüber hinaus haben wir die Unterstützung für Kulturangebote in den Stadtteilen erhöht, die sich an Menschen mit und ohne Behinderungen wendet. So wird ein großes Benefit erzielt, denn einerseits wird Inklusion gelebt und andererseits erhalten Kulturschaffende eine Bühne für gemeinsame Darbietungen aller Art. Beispielhaft ist hier das Begegnungszentrum „Normal in Linden“ (NiL) zu nennen. Ebenso haben wir die finanziellen Hilfen für Angebote der Beratungsstelle Mittendrin e.V. verstetigt, die den Bedarf zu Fragen des Übergangs von der Schule in den Beruf deckt – hier ist die Nachfrage enorm angestiegen.

Angebote für die künftige Senior*innengeneration

Nach dem Wunsch unserer Sozial-AG muss es ein Umdenken in der städtischen Altenplanung geben. Es muss ein Konzept geben, das die kommenden Herausforderungen durch den demografischen Wandel annimmt. Das gilt sowohl für die Schaffung innovativer Angebote für die künftige Senior*innengeneration als auch für die Weiterentwicklung der städtischen Alten- und Pflegeeinrichtungen. Ein Umdenken ist schon jetzt in der technischen Infrastruktur in den städtischen Senior*innen-Begegnungsstätten notwendig. Denn dem Anspruch auf gesellschaftlicher und digitaler Teilhabe müssen wir in allen Lebensphasen gerecht werden.

Hilfe für Angehörigen in belastenden Situationen

Die Diagnose Demenz verändert nicht nur das Leben der Erkrankten, sondern auch das der Angehörigen. Häufig stehen die nächsten Verwandten unter einer enormen Dauerbelastung und benötigen oft psychologische Hilfen, die über die Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen und der Pflegeversicherung weit hinausgehen. Hier bietet beispielhaft ein Projekt des Diakoniewerks Kirchröder Turm Hilfe und Unterstützung, für das sich unsere Sozial-AG stark gemacht hat. Erfahrene Mitarbeiter*innen bieten in Gesprächskreisen in geschützter Atmosphäre die Möglichkeit, sich mit anderen Betroffenen über die Erkrankung auszutauschen. Die Angebote richten sich insbesondere an Betroffene im Anfangsstadium der Erkrankung, pflegende Ehe- oder Lebenspartner*innen sowie erwachsene Söhne und Töchter von Erkrankten.

Schule und Bildung

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Afra Gamoori (Sprecherin), Henning Hofmann, Dr. Jens Menge.

Beratende Mitglieder: Katrin Bajraktari (seit November 2020), Maurice Claußen, Julia Grunewald (bis Februar 2020), Hans-Dieter Keil-Süllow, Kerstin Klebe-Politze, Jan Podyma, Sven Schickerling (seit November 2020), Ulrike Strauch, Alexandra Vanin (bis Juli 2020).

Wir wollen, dass alle Schüler*innen in Hannover den Bildungsweg gehen können, der ihren Fähigkeiten entspricht. Sie sollen dies in zeitgemäß und materiell bestmöglich ausgestatteten Schulen tun und die Schulform wählen können, die sie möchten. Um dies umzusetzen, haben wir hart gearbeitet.

Unterstützung/Förderung

Auf unseren Antrag hin hat die Verwaltung ein Konzept zur Unterstützung für Schulen mit besonderen Herausforderungen erarbeitet, deren Schüler*innenschaft unter anderem einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern aus einkommensarmen Familien, aus alleinerziehenden Haushalten, mit geringen Deutschkenntnissen, mit erhöhtem (sonder-)pädagogischen Förderbedarf und/oder schulvermeidendem Verhalten aufweist. Es wurden acht Schulen ausgewählt, die durch ganzheitliche, auf die spezielle Situation am Schulstandort abgestimmte Handlungskonzepte und den Einsatz multiprofessioneller Teams in besonderem Maße unterstützt werden. (Ergänzt wurde das hannoversche Konzept durch das Landesprogramm „Schule PLUS.“) Wir haben dafür im Haushalt 2019/2020 insgesamt 750.000 Euro eingestellt. 2021/22 wird das Programm auf unseren Antrag hin fortgesetzt und erweitert.

Das Programm der Sommerschule, das bislang an Integrierten Gesamtschulen angeboten wurde, haben wir finanziell abgesichert und auf Grundschulen ausgedehnt. Dabei werden durch ganzheitliche Lernmethoden und Konzepte sowie individuelle Förderung Defizite abgebaut. Ausflüge und Freizeitaktivitäten gehören ebenfalls dazu. Das Rucksack-Programm für Familien in Obdachlosenunterkünften soll aufgrund unseres Haushaltsantrags fortgesetzt werden, um den dort wohnenden Kindern den Zugang zur Schule zu erleichtern, ihr Interesse an Bildung zu stärken und durch die Kooperative Elternarbeit die Chancengleichheit in Bildungsprozessen zu erhöhen. Das Bildungsbüro Hannover haben wir mit einer zusätzlichen Personalstelle gestärkt, damit jedes zugezogene Kind schnell einen passenden Schulplatz erhält. Zudem stehen seit 2019 jährlich 120.000 Euro für interkulturelle Bildungsarbeit zur Verfügung.

Das Angebot der Ganztagsgrundschulen haben wir ausgebaut und durch die Erhöhung der finanziellen Förderung auch qualitativ vorwärts gebracht. 46 der 60 hannoverschen Grundschulen arbeiten im Ganztage. Neun weitere Schulen haben bereits ihr Interesse daran bekundet. Durch unser engagiertes Handeln konnte der erfolgreiche Pool für Schulassistenten an der mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichneten Otfried-Preußler-Schule wiedereingeführt werden. Derzeit prüft die Verwaltung die Übertragung auf weitere Schulen.

Gebäude/Schulen

Über 315 Millionen Euro wurden und werden in dieser Ratsperiode in die Schulsanierungen, in Erweiterungsbauten und in den Neubau von Schulen investiert. Allein für die Jahre 2021 und 2022 sind bereits weitere 234 Millionen Euro hierfür angesetzt.

Wir haben die Integrierten Gesamtschulen gestärkt, indem die IGS Bothfeld und die IGS Südstadt eine Oberstufe erhalten haben. Die IGS Linden wird einen Neubau erhalten und auch die IGS Büssingweg neu gebaut. Die IGS-Vahrenheide-Sahlkamp hat aufgrund der anhaltenden Raumknappheit eine zusätzliche Modulanlage erhalten. Zudem ist eine weitere IGS in Planung, denn wir sind überzeugt, dass diese Schulform neben dem Gymnasium die beste ist. Ein 18. Gymnasium wird parallel dazu geplant.

Das Gymnasium Goetheschule ist nun nach erfolgreicher Fertigstellung der Baumaßnahmen am Hauptstandort in seinen Neubau gezogen.

Die Grundschulplätze sollen auf unseren Antrag hin durch Neugründungen in Bothfeld-Vahrenheide und Ahlem-Badenstedt-Davenstedt sowie den Ausbau bestehender Grundschulen in der Südstadt, in Linden-Limmer, Misburg-Anderten und Wettbergen erfolgen.

Digitalisierung

Der Prozess der Digitalisierung der hannoverschen Schulen (Medienentwicklungsplan) hat mit drei Workshops der Verwaltung, der Beteiligung der Schulen an unserem Beratungsprozess sowie unserer eigenen Fraktionsveranstaltung in der ersten Hälfte der Wahlperiode mit erheblichem Aufwand begonnen. Doch die Mühe hat sich gelohnt: Im Dezember 2020 hat der Rat auf der Grundlage der vorausgegangenen Beratungen den konkreten Plan zur Umsetzung des DigitalPakt Schule beschlossen. Alle Schulen sollen bis 2022 WLAN sowie Support für die digitalen Angebote erhalten. Auch wird digitale Schulausstattung nach Planung der jeweiligen Medienkonzepte beschafft. Insgesamt plant die Stadt 20 Millionen Euro aus dem DigitalPakt Schule bis 2023

abzurufen, hat selbst seit 2016 über 17 Millionen Euro investiert und zudem in dieser Ratsperiode im laufenden Haushalt über 10 Millionen Euro für die Digitalisierung in Schulen ausgegeben.

Durch unser Wirken wurden zudem soziale Kriterien aufgestellt, und benachteiligte Kinder erhalten nun Endgeräte, um am Unterricht teilhaben zu können.

Jugend

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Christopher Finck (Sprecher), Dr. Maxi Ines Carl, Kerstin Klebe-Politze; stellvertretende Mitglieder: Afra Gamoori, Bruno Gill, Belgin Zaman.

Beratende Mitglieder mit Stimmrecht im Jugendhilfeausschuss: Birgit Merkel, Burkhard Teuber, Willi Duckstein (bis September 2019), Nina Böhme.

Beratende Mitglieder: Christoph Kröner, Jürgen Ostertag (seit September 2019), Michael Homann.

Kinder, Jugendliche und Familien – sie sind ein wesentlicher Teil der Zukunft Hannovers. Unsere älter werdende Gesellschaft braucht die Jugend – ihre Ideen, ihr Engagement und ihre Potenziale. Hannover wird optimistisch in die Zukunft blicken können, wenn es uns gelingt, der jungen Generation die passenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu geben, um die Herausforderungen der Lebensphase Jugend zu meistern und ihre Potenziale selbstbestimmt zu entfalten. Es ist uns ein Anliegen, Ihren Bedürfnissen in besonderem Maße gerecht zu werden.

Kinder- und Jugendarbeit

Wir glauben, dass die Kinder und Jugendlichen von heute die Stützen unserer Demokratie von morgen sind. Deswegen lag einer unserer Schwerpunkte auf der Stärkung der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der selbstorganisierten Jugendverbände. Auf unserer Initiative hin erhielten 2020 auch freie Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit Mittel aus dem Stabilitätspaket der Stadt Hannover. Durch die Dynamisierung der Personalkosten bei freien Trägern ab 2020 haben wir vielen Vereinen und Einrichtungen zuverlässige Perspektiven gegeben. Das ist uns ebenfalls sehr wichtig, denn ihre Arbeit sorgt für mehr Zusammenhalt in unserer Stadt. Darüber hinaus ist es mit unserer Unterstützung gelungen, die Finanzierung der Jugendverbände – als Orte gelebter Demokratie – nun auf verlässlichere Füße zu stellen. Als Sprachrohr der Jugendlichen in Hannover haben wir den Stadtjugendring personell und sachlich gestärkt. Hierdurch können Jugendliche deutlich hörbarer und eigenständig ihre Interessen gegenüber Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft artikulieren. Insgesamt haben wir hier in den vergangenen vier Jahren über 715.000 Euro eingesetzt.

Zukunftsweisend ist zudem der Beschluss der Roadmap für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Hannover. Bei der anstehenden Umstrukturierung diese Arbeit soll nun u.a. der Mitteleinsatz transparenter werden und sich vermehrt an den sozialräumlichen Bedürfnissen orientieren. Außerdem haben wir die Verwaltung beauftragt, ein Investitions- und Sanierungsprogramm für Jugendeinrichtungen aufzulegen. Kürzungen soll es hier in den nächsten Jahren nicht geben.

Die Jugendbeteiligung als wichtiger Teil politischer Bildung wurde mit unserer Unterstützung auf sichere Füße gestellt: Auf Basis unseres Antrags zum Haushalt 2019/20 hat nun die Verwaltung eine Jugendbeteiligungsstrategie vorgelegt, die u.a. Jugendvertretungen in allen Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hannover vorsieht und zu der auch ein Jugendbeteiligungsbüro als Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche gehört. Erstmals wird 2021 eine stadtweite Schüler*innenbefragung durchgeführt werden, die u.a. die Bedarfe Jugendlicher an Freizeitangeboten ermitteln soll.

Kinderbetreuung

Seit 2016 wurden mehr als 1.700 Krippen- und Kindergartenplätze mit unserer Unterstützung neu geschaffen. Bis Ende 2021 sind weitere 165 zusätzliche Plätze geplant. Wir haben uns darüber hinaus dafür eingesetzt, die Betreuungssituation von Krippen- und Kindergartenkindern vor allem in den unterversorgten Stadtteilen bzw. Stadtbezirken zu verbessern, auf die sich die Planungsaktivitäten der Stadt künftig stärker fokussieren sollen. Zudem werden neue Kindertagesstätten künftig vermehrt durch freigemeinnützige Träger gebaut und betrieben werden. Dies beschleunigt den Bau neuer Krippen und Kindergärten um mehrere Jahre.

Wir haben uns ebenfalls dafür eingesetzt, dass Familien, deren Kinder aufgrund der Corona-Pandemie nicht betreut werden können, keine Entgelte bezahlen müssen. Zudem erfolgt die notwendige Anpassung des Essensgeldes in zwei Schritten, um die Familien zu entlasten. Die Beitragsfreiheit im Kindergarten begrüßen wir sehr. Eine zusätzliche Entlastung für kinderreiche Familien haben wir durch den Erhalt des Geschwisterbonus bis August 2020 erreichen können. Die Elternbeiträge in der Krippe und im Hort wurden im Frühjahr 2020 zudem neu und sozial gerechter geordnet. Das nunmehr zehnstufige System entlastet zwei Drittel der Eltern in Hannover, die meisten davon mit niedrigen und mittleren Einkommen.

Wir haben der Qualitätsverbesserung an Ganztagsgrundschulen den Weg geebnet, indem wir die finanziellen Mittel für jeden Ganztagsplatz ab dem Schuljahr 2019/2020 um 30 Prozent auf jährlich über 2.500 Euro angehoben haben. Durch qualifiziertes Personal, einen verbesserten Betreuungsschlüssel und attraktivere Angebote leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen aller Kinder, unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft und tragen darüber hinaus den Bedarfen vor allem berufstätiger Eltern Rechnung, die auch in der Grundschulzeit auf eine verlässliche und hochwertige Betreuung im Kontext von Bildung und Erziehung angewiesen sind

Chancengerechtigkeit

Mit unserer Kampagne „Gemeinsam Chancen schaffen gegen Kinderarmut“ haben wir 2018/19 ein klares Zeichen gesetzt, dass wir es politisch nicht hinnehmen, wenn mehr als jedes vierte Kind in Hannover von Armut bedroht ist. Dem folgt als logischer Schritt unser „Hannoverfonds“ zur Förderung der Chancengleichheit. Er besteht aus drei Bausteinen: Zunächst sollen bereits ab 2021 Einrichtungen in Gebieten mit besonderem sozialen Handlungsbedarf mit maximal 30.000 Euro gefördert werden. Des Weiteren wird eine Expertenkommission den aktuellen Stand des Hannoverschen Wegs gegen Kinderarmut bewerten und Vorschläge zur Weiterentwicklung unterbreiten. Als Drittes kommt ein öffentlicher Fonds hinzu, der sowohl individuelle Förder- und Unterstützungsangebote als auch Projekte finanzieren kann. Insgesamt umfasst der Hannoverfonds 550.000 Euro für die Jahre 2021/22.

Ergänzend hierzu haben wir bereits 2019/20 die Familienzentren als zentrale Anlaufstelle gestärkt durch die Verstärkung einer Stelle zur Fachberatung, die Erhöhung der Basisförderung und der Förderung einzelner Programme wie „Rucksack in der Kita“, „Stadtteileltern“, „Gemeinsam wachsen“-Gruppen (insgesamt rund 582.000 Euro). Ebenso gestärkt haben wir die Eltern- und Familienarbeit sowie -beratung (insgesamt 100.000 Euro). So können beispielsweise Kurse der Familienbildungsstätten kostenfrei bleiben.

Insgesamt haben wir im Doppelhaushalt 2017/18 gut 620.000 Euro und 2019/20 sowie 2021/22 jeweils über 1,8 Millionen Euro für die Weiterentwicklung der Belange von Kindern, Jugendlichen und Familien in Hannover eingesetzt.

Internationales

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Hülya Iri (Sprecherin), Christopher Finck, Thomas Hermann (Ausschussvorsitzender).

Beratende Mitglieder: Lars Kelich, Bala Subramanian Ramani, Dang Chau Lam, Mila Marinova.

Die Internationale AG setzt Akzente in der Projektarbeit für gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Teilhabe. Passend dazu begleitet die Internationale AG Initiativen, die Unterstützung für Neuankömmlinge anbieten, eine positive Grundeinstellung zum gemeinsamen Sozialraum fördern und hierzu eine Vielzahl von Aktionen koordinieren. Angesichts der notwendigen strukturellen Stärkung von Toleranz und Vielfalt sicherte die AG unter anderem dem Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte, dem Interkulturellen Frauentreff bei CAN ARKADAS e. V. und gEMiDe e.V. – „gesellschaftliches Engagement von Migranten, Migrantinnen und Deutschen“ und dem Haus der Religionen ihre Unterstützung zu. Die Stärkung der Strukturen des ehrenamtlichen Engagements und der politischen Bildung stehen ohnehin im Zentrum unserer Arbeit. Unsere AG setzte einen weiteren Schwerpunkt auf den gesellschaftlichen Diskurs über das Zusammenleben in einer multikulturellen und multireligiösen Großstadt. Für diesen Diskurs muss es geeignete Plattformen geben. Das Haus der Religionen ist eine solche Plattform, gerade weil sich dessen Angebote an alle Bürger*innen der Stadt Hannover richten und auf Toleranz für Vielfalt zielen. Auch in den kommenden Jahren wird die Arbeit des

Hauses der Religionen unterstützt, denn hier wird eine unverzichtbare Basis für ein friedliches Zusammenleben geschaffen. In Deutschland gibt es kein entsprechendes Projekt, in dem eine vergleichbare Arbeit im Zusammenspiel von Glaube, Philosophie, Integration, Bildung und Gesellschaft geleistet wird. Die AG stärkt Netzwerke und zivilgesellschaftliche Strukturen und setzt sich besonders für Initiativen ein, die sich der Friedenserziehung und der Demokratiestärkung widmen. Dazu gehört auch der Verein „Politik zum Anfassen“, der mit vielen prämierten Projekten Lust auf Demokratie macht. Denn gerade im Umfeld der Kommunalwahl braucht es Initiativen, die das Beteiligungsinteresse und die Demokratiekompetenz bei Kindern und Jugendlichen steigern.

Haltung gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus

Es gilt, die gemeinsamen Anstrengungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus weiterzuentwickeln, auch um Unsicherheiten und Politikverdruss zu begegnen. Mit der vom Rat beschlossenen Offensive gegen Antisemitismus hat sich auch die AG Internationales positioniert und dem Wunsch Ausdruck verliehen, jüdisches Leben erfahrbar zu machen und somit präventiv gegen Antisemitismus zu arbeiten. Im Zuge der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteur*innen wurde darüber hinaus deutlich, dass es einer Dokumentation von antisemitischen Vorfällen bedarf, um diese sichtbar zu machen und sie damit bekämpfen zu können. Eine Meldestelle wurde eingerichtet, die Angaben über antisemitische Übergriffe und Beleidigungen sammelt und auswertet. So entsteht ein Bild antisemitischer Vorfälle in Hannover. Für unsere AG besonders wichtig: Die Ergebnisse können zum Beispiel für die pädagogische Arbeit, etwa im Rahmen von Gedenkstättenbesuchen, genutzt werden.

Haltung gegen Antisemitismus zu zeigen, ist gegenwärtig besonders notwendig. So setzte sich die Internationale AG gegen die Verbreitung antisemitischer Hassbotschaften bei den sogenannten Hygienedemos und anderen Veranstaltungen in Hannover ein. Die SPD engagierte sich dafür, dass der Rat der Stadt Hannover die missbräuchliche Verwendung des gelben Sterns mit der Inschrift „ungeimpft“ verurteilt. Die Relativierung des Holocausts kann und darf nicht hingenommen werden.

Strategien für Migration und Teilhabe

Mit dem Bekenntnis, dass Hannover eine weltoffene und diskriminierungsfreie Einwanderungsstadt ist, hat sich auch die Internationale AG der Vielfalt und der Willkommenskultur verschrieben. Inhaltlich war die zurückliegende Wahlperiode stark von der Arbeit an der Fortschreibung des Lokalen Integrationsplans geprägt. Mit „Wir sind Hannover – Zusammenleben in der Stadt. Strategien für Migration und Teilhabe“ ist die Überarbeitung des Lokalen Integrationsplans (LIP) gelungen und der Weg vom *Ihr* zum *Wir* gemeistert. Das Ergebnis: „Wir in Hannover“ beschreibt, in welchen Handlungsfeldern konkrete Maßnahmen getroffen werden müssen, damit das Zusammenleben in unserer Stadt gelingt. Das Besondere an dem Strategiepapier „Wir in Hannover“ ist, dass dessen Entstehungsprozess von Beginn an auf eine breite Mitwirkung der Stadtgesellschaft gesetzt hat. Getragen von der Vision einer Stadtgesellschaft, in der Respekt, vertrauensvolles Zusammenleben in Verbundenheit und die Gleichberechtigung aller Menschen eine Selbstverständlichkeit ist. Zur Fortschreibung des LIP und seiner Inhalte und Schwerpunkte hatte die AG Internationales gefordert, mittels personeller und finanzieller Ressourcen einen Beteiligungsprozess zu starten, bei dem alle relevanten Akteur*innen in der Landeshauptstadt Hannover einbezogen werden, darunter die Migrant*innenselbstorganisationen, Gewerkschaften, Politik, Wohlfahrtsverbände, Unterstützer*innenkreise, Vertreter*innen der Religionsgemeinschaften und des Hauses der Religionen und viele andere. Das erklärte Ziel der Internationalen AG ist es, eine interkulturelle Denkweise auf allen Handlungsebenen zu erreichen – auch im Bereich der Personalpolitik der Landeshauptstadt (siehe auch Organisation und Personal).

Gleichstellung

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Dr. Maxi Ines Carl (Sprecherin), Afra Gamoori, Lars Kelich.

Beratende Mitglieder: Henning Hofmann, Dr. Petra Köster, Franz Moormann.

Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe, die verschiedenste Themenfelder in unserer Stadt betrifft. Deshalb berührt unsere Gleichstellungspolitik verschiedene Bereiche, wie Soziales, Wirtschaft und Sicherheit bis hin zur Mobilität. Ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit liegt in der Unterstützung von Menschen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Hierzu zählen insbesondere der Ausbau der Frauenhauslandschaft in

unserer Stadt sowie die Förderung unterschiedlicher Beratungsstellen.

Das Erreichte im Überblick:

- Auf unseren Antrag hin haben die Verwaltungen von Landeshauptstadt und Region Hannover ein Konzept zum Ausbau der Frauenhausangebote in Hannover erarbeitet. Ein wesentlicher Baustein dieses Konzepts ist das im Februar 2020 eröffnete Frauenhaus24, eine Anlaufstelle für akut von häuslicher Gewalt betroffene Frauen, die rund um die Uhr erreichbar ist. Zusätzliche Frauenhausplätze und ein Übergangsangebot mit sozialer Betreuung für Frauen, die aus dem Frauenhaus ausziehen sind weitere Bestandteile des Konzepts, deren Umsetzung aktuell vorbereitet wird. Dafür haben wir 1,15 Millionen Euro im Haushalt bereitgestellt, die Region Hannover stellt weitere Gelder zur Verfügung. Darüber hinaus fördern wir das „Projekt Berta“, das die besonders von Gewalt betroffenen wohnungs- und obdachlosen Frauen unterstützt.
- Der zweite Aktionsplan der Landeshauptstadt Hannover zur Umsetzung der EU-Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern wurde auf unseren Antrag hin erweitert: Zusätzlich zu den von der Verwaltung vorgeschlagenen Themen wurden die Handlungsfelder Wohnen, Geschlechterspezifische Gewalt und Nachhaltige Entwicklung aufgenommen.
- In Hannover sind vielfältige Beratungsstellen angesiedelt, die vor allem Frauen in Notlagen, aber auch Männer beraten. Diese Einrichtungen werden durch Zuwendungen von der Stadt unterstützt. Wir haben Haushaltsmittel bereitgestellt, um die Beratungsangebote aufrechtzuerhalten oder auszuweiten.
- Auf unsere Initiative hin hat die Verwaltung gemeinsam mit hannoverschen Clubs ein Konzept zur sicheren Feiern erstellt, das ab dem Jahr 2019 umgesetzt wurde und neben der Schulung des Clubpersonals auch die Bereitstellung von Informationsmaterialien umfasst.
- Zahlreiche Beratungsstellen in Hannover bieten Beratungsangebote für traumatisierte Frauen an. Dies ist vor dem Hintergrund fehlender Therapieplätze eine wichtige Maßnahme zur Stabilisierung der Betroffenen, die sehr stark nachgefragt wird. Um zusätzliche Kapazitäten für die Beratung zu schaffen, haben wir einen zentralen Fördertopf eingerichtet, durch den verschiedene Einrichtungen gefördert werden.
- Die Landeshauptstadt Hannover tritt auf unseren Antrag hin dem europaweiten Netzwerk „Städte gegen sexistische Werbung“ bei und verpflichtet sich damit, sexistische Werbung im öffentlichen Raum weitestgehend zu verbieten.
- Wir haben im Gleichstellungsausschuss die Verdopplung des Zuschusses für das Frauennachttaxi beschlossen und es Hebammen ermöglicht, Ausnahmegenehmigungen für das Parken in Anwohnerzonen und im beschränkten Halteverbot zu erhalten.
- Auch die Themen der queeren Community sind Teil unserer Gleichstellungspolitik. So haben wir die Einrichtung und dauerhafte Absicherung eines queeren Jugendzentrums mit Haushaltsmitteln unterstützt, zusätzliche Gelder für die Transberatung bereitgestellt und die Verwaltung beauftragt, einen queeren Online-Stadtplan zu erstellen, der die vielfältigen Angebote für die Community bekannter macht. Ein sichtbares Signal sind zudem die auf unsere Initiative installierten queeren Ampelmenschen, die an mehreren zentralen Kreuzungen in der Innenstadt installiert worden sind. Wir setzen uns außerdem für den Erhalt des queeren Veranstaltungszentrums „Schwule Sau“ in der Nordstadt ein.

Kultur

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Belgin Zaman (Sprecherin), Robert Nicholls, Andreas Markurth.

Beratende Mitglieder: Dr. Maxi Ines Carl, Dr. Karin Gafert, Prof. Dr. Gregor Terbuyken.

Die Gestaltung eines attraktiven kulturellen Lebens in Hannover, welches alle gesellschaftlichen Gruppen anspricht, ist ein wesentliches Ziel unserer Kulturpolitik. Bereits in unserem Wahlprogramm hatten wir u.a. die Forderung formuliert, dass Hannover sich als Kulturhauptstadt Europas 2025 bewerben soll. Im Februar 2018 haben wir die Bewerbung durch Beschluss des Rates auf den Weg gebracht und haben uns aktiv in den Bewerbungsprozess eingebracht. Mit dem Beschluss des Kulturentwicklungsplans haben wir trotz der Titelvergabe nach Chemnitz eine gute Grundlage, um die hannoversche Kultur weiterzuentwickeln.

Wichtige Schwerpunkte in den vergangenen Jahren waren zudem die Stärkung der Kultureinrichtungen, die Förderung innovativer, kreativer und interdisziplinärer Projekte sowie der Ausbau der Angebote der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche.

Das Erreichte im Überblick:

- Die von uns initiierte Bewerbung als „Kulturhauptstadt Europas 2025“ hat leider trotz guter Ideen und innovativer Konzepte nicht zum Erfolg geführt. Der Bewerbungsprozess hat jedoch die Vertreter*innen der verschiedenen Kultursparten zusammengebracht und die Bedeutung der Kultur für die Entwicklung Hannovers verdeutlicht. Mit dem Kulturentwicklungsplan haben wir eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung der hannoverschen Kulturlandschaft beschlossen, zu der wir einige wesentliche inhaltliche Schwerpunkte beigetragen haben. Durch eine Priorisierung von Maßnahmen bei der Umsetzung des Kulturentwicklungsplans haben wir eigene Akzente gesetzt.
- Wir stärken die städtischen Kultureinrichtungen. Wir haben eine grundlegende Modernisierung des Bürgerhauses Misburg beschlossen, die Realisierung des Neubaus des Freizeitheims Döhren forciert und die Erstellung eines Sanierungsfahrplans für die Stadtteilzentren Ricklingen und Lister Turm sowie für das Freizeitheim Linden beauftragt. Zudem haben wir die Sanierung des Historischen Museums, die Einrichtung neuer Dauerausstellungen in den städtischen Museen für Kulturgeschichte und die Einrichtung eines Ankaufsetats für das Sprengel Museum beschlossen. Außerdem wollen wir die Zusammenarbeit der Museen in der Innenstadt, insbesondere im Bereich des Marketings, ausbauen.
- Die Grundlagen für den Zugang zu Kultur werden schon im Kindesalter gelegt. Wir wollen, dass alle Kinder Zugang zu kulturellen Angeboten bekommen, und fördern deshalb bewusst verschiedene Initiativen, die sich hier stark engagieren, wie das Junge Schauspiel, die Kunstschule KunstWerk, das Kindermuseum Zinnober, die Streicherakademie oder die hannoverschen Chöre. Wir haben außerdem einen Modellversuch beschlossen, mit dem Kinder und Jugendliche kostenlosen Eintritt in den städtischen Museen erhalten.
- Um die Entwicklung der hannoverschen Kulturlandschaft zu befördern, haben wir den Innovationsfonds Kunst & Kultur eingerichtet, aus dem neue, kreative Projekte gefördert werden. Nach den positiven Erfahrungen aus den ersten Jahren haben wir dieses Förderprogramm bis 2026 mit 100.000 Euro jährlich verstetigt.
- Die Kulturtreffs leisten einen wichtigen Beitrag zum kulturellen Leben in den Stadtteilen. Deshalb haben wir zusätzliche Mittel in Höhe von 100.000 Euro pro Jahr für die Stärkung der vereinsgetragenen Kulturtreffs bereitgestellt. Als neuer Kulturtreff hat das „Hölderlin EINS“ in Kleefeld seine Arbeit aufgenommen.
- Seit 2014 ist Hannover „UNESCO City of Music“. Dieser Titel ist für uns sowohl Auszeichnung als auch Ansporn, die vielfältige Musikszene weiter zu fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir sowohl die Musikprojektförderung als auch die Fördermittel für international ausgerichtete Musikprojekte im Rahmen der City of Music deutlich erhöht. Zudem werden einige Ensembles und Einrichtungen, wie das Orchester im Treppenhaus, das Ensemble Megaphon und die Tonhalle Hannover dauerhaft gefördert. Mit „BackwardPlay-Forward“, dem Zentrum für Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Musiktechnik, bekommt unsere Stadt eine weitere Musikinstitution, die den hohen Stellenwert der Musik für Hannover herausstellt.
- Im Bereich der Darstellenden Kunst haben wir insbesondere die Freien Theater und den Tanz in den Blick genommen. Hier haben wir mehr Gelder zur Verfügung gestellt, um den Freien Theatern die Einhaltung der Honoraruntergrenze zu ermöglichen, und die Spielstätten mit der Fortsetzung der Spielstättenförderung gestärkt. Für den Tanz haben wir einen eigenständigen Förderbereich geschaffen, dessen Mittel auf Empfehlung einer Jury-Empfehlung vergeben werden. Zudem haben wir Landerer & Company und den internationalen Choreographenwettbewerb mit zusätzlichen Mitteln gefördert.
- Zur Förderung der Bildenden Kunst in Hannover haben wir die städtische Atelier- und Projektraumförderung verstetigt und eine neue mehrjährige Grundförderung eingerichtet, von der etablierte Ateliers und Projekträume profitieren sollen. Außerdem fördern wir die Agentur für kreative ZwischenRaumNutzung, die Galerie für Fotografie und die Artothek Hannover sowie das Jugendfilmfestival „up-and-coming“.
- Die Förderung der Erinnerungskultur ist ein wichtiger Bestandteil unserer Kulturpolitik. Wir haben deshalb Mittel für die Errichtung eines zentralen Lernorts zur Stadtgeschichte im Nationalsozialismus bereitgestellt, der unter dem Namen „ZeitZentrumZivilcourage“ in diesem Jahr gegenüber dem Neuen Rathaus eröffnet wurde.

- Die Internationalisierung ist ein Trend, dessen Ausgestaltung auch für die Kultur wichtig ist. Darum haben wir zusätzliche Mittel für die internationale Kulturarbeit der Stadt bewilligt und einen Fördertopf eingerichtet, mit dem der Austausch mit den sieben Partnerstädten der Landeshauptstadt Hannover unterstützt wird.

Sport

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Angelo Alter (Sprecher), Peggy Keller (bis April 2019), Kerstin Klebe-Politze (Ausschussvorsitzende), Henning Hofmann (ab April 2019).

Beratende Mitglieder: Christoph Kröner, Andreas Pieper.

Sport ist ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Miteinanders in unserer Stadt. Deshalb ist uns die Förderung insbesondere der hannoverschen Sportvereine und auch des Sports außerhalb von Vereinen ein besonderes Anliegen. In den vergangenen Jahren lagen unsere Schwerpunkte auf Investitionen in Sportstätten und der Unterstützung der Sportentwicklung.

Das haben wir erreicht:

- Mit Beschluss des Haushalts 2017/2018 haben wir ein Konzept zu einem Kunstrasenplatzprogramm in Auftrag gegeben, das im Mai 2018 beschlossen wurde. Ziel des Programms ist der Bau von sieben bis zehn Kunstrasenplätzen auf Vereinssportanlagen. Damit schaffen wir zusätzliche Kapazitäten für den Vereinssport, da Kunstrasenplätze eine deutliche höhere Nutzungsdauer haben. Für die Umsetzung des Programms setzen wir Mittel in Höhe von knapp 6 Millionen Euro bis zum Jahr 2023 ein. Der erste Kunstrasenplatz beim VfL Eintracht ist bereits fertiggestellt, weitere werden folgen.
- Wir haben beschlossen, dass das Misburger Bad und das Fösebad neu gebaut werden sollen. Das Fösebad wird auf unseren Wunsch hin mit einer 50-Meter-Bahn ausgestattet und soll wieder ein Außenbecken erhalten. Die Beteiligung der Bevölkerung in den Stadtbezirken haben wir mit der Durchführung von Informationsveranstaltungen und der Beteiligung von Nutzer*innengruppen bei der Gestaltung der Außenbereiche sichergestellt.
- Der von uns in Auftrag gegebene Sportentwicklungsplan liegt seit Herbst 2016 vor und ist eine wichtige Leitlinie unserer Sportpolitik. Aus den Mitteln zur Umsetzung der Sportentwicklungsplanung haben wir unter anderem den Bau des inklusiven Familiensportzentrums des TKH, den Ausbau der Inlinerstrecke in der Eilenriede und den Bau von Bootsanlegestellen an Ihme und Leine sowie die Sanierung der Laufbahn der Bothfelder Sportanlage finanziert. Außerdem haben wir in diesem Zusammenhang eine Aktualisierung der Grundsätze der Sportförderung beschlossen und hierbei eigene Akzente gesetzt.
- Wir haben die Übungsleiterzuwendungen für das Jahr 2021 um rund 200.000 Euro erhöht, um unsere Wertschätzung für die Arbeit der Übungsleiter*innen auszudrücken und den Mehraufwand zur Realisierung von Sportangeboten in Zeiten der Pandemie zu honorieren.
- Wir haben einen Fördertopf eingerichtet, um die Pflege und Sanierung von Vereinssportanlagen zu ermöglichen. Als erste Maßnahme soll mit diesen Mitteln die Sportanlage Roderbruch saniert werden.
- Integration und Inklusion sind gesellschaftliche Herausforderungen, die auch den Sport betreffen. Um Vereine zu unterstützen, die integrative und inklusive Angebote schaffen, haben wir Fördermittel in Höhe von 70.000 Euro pro Jahr bereit gestellt. Zudem fördern wir die inklusive und barrierefreie Umgestaltung von Sportanlagen.
- Um im Bereich des Fun-Sports zukünftig auch bauliche Maßnahmen fördern zu können, haben wir hierfür einen Fördertopf eingerichtet.
- Wir haben die Verteilung der Schwimmzeiten für Vereine in den städtischen Bädern evaluieren lassen und hierdurch einen guten Überblick über die Bedarfe und Wünsche der Schwimmvereine erhalten. Die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung notwendig gewordene Erhöhung der Bäderpreise haben wir durch einen Änderungsantrag sozial verträglich gestaltet.

Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Liegenschaften

Mitglieder: Florian Spiegelhauer (Sprecher), Christine Ranke-Heck (bis März 2020), Anja Schollmeyer (seit Mai 2020), Peggy Keller.

Beratende Mitglieder: Dr. Jens Menge, Anne-Maria Gahbler, Olaf Weinel († – bis Oktober 2019, Peter Karst (seit Februar 2020).

Die durch die Covid-19-Pandemie ausgelöste Situation der Wirtschaft ist überaus dramatisch. Viele Bereiche erzielten keine nennenswerten Einnahmen in den vergangenen 14 Monaten. Mit mehreren Programmen hat die Stadt Hannover entgegensteuern müssen, u.a. mit einem Zehn-Millionen-Euro-Sofortprogramm für die lokale Wirtschaft, einem Corona-Sozialfonds für soziale Notfälle und darüber hinaus mit dem Hannoverschen Stabilitätspaket für die Bereiche Sport, Kultur, Wirtschaft und Jugend. Außerdem brachte die Stadt Hannover mit einem Stabilitätspaket verschiedene Instrumente in Wirkung, z.B. mit dem Verzicht auf Forderungen, mit Gebührennachlässen oder der Gewährung von Zuwendungen in Bereichen, in denen Mittel des Bundes und Landes nicht oder nicht in ausreichender Menge ausgeschüttet werden konnten. Es ist in dieser Zeit von entscheidender Bedeutung, eine handlungsfähige Kommune zu haben, die immer wieder versucht, die Menschen zu entlasten oder ihnen Anlaufstellen auch in schwierigen Zeiten zu geben.

Wir alle hoffen, dass eine bessere Zeit kommen wird, in der Hannover wieder seine wirtschaftlichen Stärken entfalten kann: die guten Standortbedingungen, wettbewerbsfähige und innovative Unternehmen und qualifizierte Beschäftigte. Denn natürlich ist eine starke Wirtschaft die Basis. Schwerpunkt für das künftige Wachstum unserer Stadt und für unsere Wirtschaftspolitik ist die kommunale Wirtschaftsförderung, das Flächenmanagement, die Vermarktung kommunaler Immobilien und die Sanierung der städtischen Gebäude. Die Situation der klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) stand auch schon vor der Pandemie im Zentrum unserer Wirtschaftsförderungspolitik.

Netzwerke der Standortgemeinschaften

Die Weiterentwicklung der Netzwerke der Standortgemeinschaften hinsichtlich Information und Kommunikation soll durch die stärkere Nutzung digitaler Kanäle gefördert werden. Als ein Beispiel dient hier der Aufbau des Online-Portals www.hannovernordost.de, das sich zu einer Informationsplattform bzw. einem Online-Marktplatz entwickelt hat, auf dem sich bereits 600 lokale Anbieter von Waren und Dienstleistungen im Nordosten Hannovers präsentieren können. Eine Bestell- und Einkaufsfunktion sowie ein Lieferservice sind in die Plattform integriert. Zum aktuellen Haushalt wurden auf Betreiben unserer Wirtschafts-AG Mittel in Höhe von 100.000 Euro für zwei Jahre eingesetzt. Die Online-Portale für Standortgemeinschaften sollen sich ab 2023 refinanzieren.

Frühlingsfest und Oktoberfest – und das Herbstvergnügen

Um die Ausbreitung des Corona-Virus zu verlangsamen, mussten auf Grundlage des Infektionsschutzgesetzes viele Großveranstaltungen in Hannover abgesagt werden, darunter das Frühlingsfest und das Maschseefest. Beide haben eine lange Tradition in Hannover und Feste genießen überregionale Beachtung. Zudem sind die Schausteller*innenbetriebe der Stadt seit vielen Jahren eng verbunden.

Die Wirtschafts-AG hatte sich sehr dafür eingesetzt, dass sich die Volksfeste und die Zusammenarbeit mit den Schausteller*innen positiv entwickeln konnte, und auf Betreiben unserer AG wurde ein Verfahren entwickelt, um die Vergabe der Volksfeste künftig im Rahmen einer Dienstleistungskonzession auszuschreiben. Ein transparent erarbeiteter Kriterienkatalog für die Vertragsvergabe mündete in ein rechtssicheres Vergabeverfahren und brachte Planungssicherheit für alle Beteiligten. Die Wirtschafts-AG startete mit Hilfe eines gemeinsamen Antrages des Ampel-Bündnisses eine Initiative, damit volksfesttypische Produkte, Waren und kleinere Fahrgeschäfte durch Schausteller*innenbetriebe angeboten werden können. Das Ergebnis: Der „Sommer in der Stadt“ und „das Herbstvergnügen“ waren ein Erfolg und konnten unter besonderen Auflagen und mit zuverlässigen Hygienekonzepten stattfinden.

Weihnachtsmarkt

Der Weihnachtsmarkt Hannover zählt zu den jährlichen Highlights der Stadt – konnte aber im Pandemiejahr nicht stattfinden. 2019 war das stimmungsvolle Weihnachtsspektakel im Jahr 2019 um zwei Tage verlängert worden – auf Betreiben unserer Wirtschafts-AG. Den Schausteller*innen und Kunsthandwerker*innen waren

wir dadurch entgegengekommen, dass auf unsere Initiative die Aufbauzeit von zwei auf sechs Tage verlängert worden war. Hoffen wir, dass der Weihnachtsmarkt in diesem Jahr wie gewohnt stattfinden kann.

Gastronomie, Hotellerie und Veranstaltungswirtschaft

Die Unternehmensbranchen der Gastronomie, Hotellerie und Veranstaltungswirtschaft leiden erheblich unter den Folgewirkungen und Einschränkungen der Corona-Pandemie. Eine Normalisierung des Betriebs in diesen Wirtschaftszweigen ist derzeit nicht absehbar und mehr als ungewiss. Die Wirtschafts-AG wird sich dafür einsetzen, dass die Aufstellung von Zelten, Pavillons und sonstige verkehrs- sowie standsichere Überdachungen für die Außengastronomie in der Landeshauptstadt zugelassen werden können, sofern die öffentliche Verkehrssicherheit gewahrt bleibt und das aktuelle Infektionsgeschehen dies erlaubt.

Messe-, Kongress- und Tourismusstandort Hannover

Gemeinsam mit der Region Hannover soll ein strategisches Marketing für den Messe-, Kongress- und Tourismusstandort Hannover aufgebaut werden. Im Zentrum steht die Etablierung eines Kongress- und Veranstaltungsbüros zur Koordinierung von Veranstaltungen in der Stadt und in der gesamten Region Hannover.

Zur Wiederbelebung des Tagungs-, Kongress- und Messegeschäfts und für eine Rückkehr zu den hohen touristischen Zahlen aus 2019 sind erhebliche Anstrengungen erforderlich, um die Veranstaltungen in Hannover mit überregionaler Strahlkraft, wie Messen, Maschseefest, Feuerwerkswettbewerb, Konzerte etc., zu bewerben.

Wir wollen eine Kompensation der coronabedingten Messeausfälle durch eine verstärkte Werbung für touristische Angebote erreichen. Die Aktivitäten für ein digitales Marketing sollen intensiviert werden. Eine entsprechende Studie, die von der Wirtschaftsförderung der Region Hannover in Auftrag gegeben wurde, weist erheblichen Handlungsbedarf im Bereich touristischer Angebote und digitaler Marketingstrategien auf. Hier setzt sich die Wirtschafts-AG dafür ein, dass eine Koordinierungsstelle für Veranstaltungen und Events die regionalen Veranstaltungsorte/-unternehmen, Gastronomie sowie Hotellerie stärkt und unterstützt. Eine Kooperation mit den Akteuren des Veranstaltungsgewerbes und der Dehoga ist gewünscht. Die Stelle sollte bei der Hannover Marketing & Tourismus GmbH (HMTG) angesiedelt sein. Die Mittel dafür wurden auf unseren Antrag zum Haushalt etatisiert.

Attraktivitätssteigerung der Wochenmärkte

Unsere AG setzte sich intensiv für die Attraktivitätssteigerung der Wochenmärkte ein. Gemeinsam mit den Marktbesucher*innen und der zuständigen Verwaltung wurden Maßnahmen entwickelt, die in einen Zehn-Punkte Plan zur Stärkung der Wochenmärkte mündeten. Dieser befindet sich in der Umsetzung und beinhaltet unter anderem gezielte Marketingmaßnahmen, die Einführung von Probiertagen, zusätzliche und höherwertige Non-Food-Stände sowie Gutscheinaktionen oder sorgt für mehr Imbissmöglichkeiten, um die Verweildauer zu erhöhen. Für den Erhalt möglichst aller 26 Wochenmärkte in der Stadt Hannover hat unsere AG konsequent ein klares Bekenntnis zur Stärkung der Marktkultur geliefert. In den Beratungen zum aktuellen Haushalt wurde die Einrichtung eines Wochenmarktes an zentraler Stelle in Betracht gezogen, beispielsweise im Bereich Georgstraße/Steintor. Im Zuge eines geänderten Einkaufsverhaltens könnten Öffnungszeiten oder auch ein Feierabendmarkt erprobt werden. Eine interessante Ergänzung für diesen Wochenmarkt könnten musische/künstlerische Events sein. Dies könnte auch ein Baustein zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt sein.

Flächenvorratspolitik

Eine wachsende Stadt benötigt Flächen, um eine vielfältige Entwicklung in den verschiedenen Aufgabenbereichen sicherzustellen. Auf Initiative unserer AG wurde der Flächenetat im laufenden Haushalt ausgeweitet und zusätzlich eine entsprechende Personalstelle geschaffen, um weitere Flächen für Handwerk und Gewerbe und Wohnungsbau anzukaufen – und zwar deutlich über das bisherige Maß hinaus. Unsere AG verfolgt das Ziel, dass die Aktivitäten zur Flächenbevorratung bzw. zum Erwerb von Grundstücken und Gebäuden insgesamt ausgeweitet werden. Auch die Nutzung von Erbbaurecht soll in die künftige Flächenpolitik der Landeshauptstadt verstärkt einbezogen werden, da städtische Erbbaurechte einen wichtigen Beitrag für die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnungsbau und für die Schaffung von Gewerbeflächen leisten können. Denn der Fokus richtet sich darauf, die Innenentwicklung zu sichern und vor allem Brachflächen sowie bestehende untergenutzte Gewerbegebiete und Flächen mit besonderen Restriktionen besser zu entwickeln.

Stadtentwicklung und Bau

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Lars Kelich (Sprecher), Angelika Pluskota, Philipp Kreis.

Beratende Mitglieder: Andreas Markurth, Dipl.-Ing. Christian Kleine, Prof. Dr. Volker Stölting.

Unsere Bau-AG hat in der Zeit der laufenden Wahlperiode seit November 2016 über 100 eigene Anträge und Änderungsanträge, einschließlich der zu den Haushalten 2017/2018, 2019/2020 und 2021/2022, zusammen mit unseren Partnern von Bündnis90/Grüne und FDP in die Ratsgremien eingebracht und beschlossen. Das herausragende Feld ist dabei die Stadtentwicklung/ Wohnungsbau als Reaktion auf die steigende Bevölkerungszahl. Die weiteren großen Aufgabenfelder waren der stetig wachsende Wunsch der Einwohner*innen nach Beteiligung an Entwicklungsvorhaben und an der städtebaulichen Gestaltung ihrer Nachbarschaft sowie die Entwicklungen auf dem Verkehrssektor.

Stadtentwicklungs- und Bauprojekte werden von der Bevölkerung mit großem Interesse verfolgt. Nicht nur die Betroffenen wollen mitreden, sondern viele an der Stadt interessierte Bürger*innen. Die angebotenen Veranstaltungen werden immer von vielen Menschen engagiert und mit eigenen Ideen begleitet. Nach den Stadtentwicklungsprogrammen „Hannover City 2020+“ und „Mein Hannover 2030“ sorgte neben der Entwicklung der Wasserstadt Limmer besonders die des Steintorplatzes für große Diskussionen.

Das Thema Verkehr besteht aus unzähligen Mosaiksteinen, scheinbar kleineren Maßnahmen, die erst zusammengesetzt ein Bild ergeben. Dabei liegt der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) bei der Region Hannover als Träger, sodass in dieser Bilanz die Themen Busse und Bahnen fehlen und das Bild somit unvollständig bleibt. Dennoch haben SPD, Grüne und FDP als Ratsmehrheit Vorschläge zur Steigerung der Attraktivität (zum Beispiel 365-Euro-Jahresticket nach Wiener Vorbild) und zum Ausbau der Infrastruktur des ÖPNV gemacht.

Die Straßenausbaubeitragssatzung, kurz Strabs genannt, wurde aufgehoben. Die SPD stellt sich in den kommenden Jahren der Herausforderung, trotz der fehlenden Einnahmen weiterhin in die Straßeninfrastruktur investieren zu können. Das Parkraummanagement in der Innenstadt und den innenstadtnahen Stadtteilen soll verbessert werden. Die Stadtverwaltung hat dafür von uns einen Planungsauftrag erhalten, zusammen mit der Citygemeinschaft und der Hanova als Parkhausbetreiberin Lösungsvorschläge zu erarbeiten und zum Beispiel das Parkleitsystem online zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise sollen auch die Park+Ride-Plätze eingebunden werden. Auch auf das Anwohner*innenparken soll ausgebaut werden. Neue Parkscheinautomaten, die alle Bezahlararten akzeptieren, sollen angeschafft werden. Die Parkgebühren für öffentliche Parkplätze an den Straßen werden erhöht, zumal in den Parkhäusern genügend Kapazitäten vorhanden sind. Neue Blitzer sollen die Verkehrssicherheit erhöhen, weil die überhöhte Geschwindigkeit eine der Hauptursachen für schwere Verkehrsunfälle ist.

Der Radverkehrsanteil soll in den nächsten Jahren auf 25 Prozent des Modal Split erhöht werden. Dazu wird der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur vorangetrieben. In Bau oder geplant sind Radschnellwege zur Wasserstadt Limmer und nach Garbsen, Richtung Osten bis nach Lehrte, Richtung Norden nach Langenhagen. Für einen Radweg auf der ehemaligen Kohlenbahn von Linden/Küchengarten Richtung Badenstedt/Davenstedt haben wir der Verwaltung einen Untersuchungsauftrag erteilt, ebenso für eine Radwegverbindung vom Hauptbahnhof zum Fasanenkrug/Bothfeld. Am Hauptbahnhof besteht der Bedarf für ein weiteres Fahrradparkhaus. Zur Erhöhung der Sicherheit sollen alle Schutzstreifen, Radwegführungen besonders an Kreuzungen, mit roter Signalfarbe markiert werden. Für die Förderung des Radverkehrs wurden durch uns in den vergangenen Jahren zahlreiche Programme aufgelegt, darunter das Programm „Lust auf Fahrrad“, das „Aktionsprogramm Radverkehr“, die Sanierung von Radwegen im Rahmen des Straßenbauprogramms „Gründerneuerung im Bestand“, die Planung und Teilkostenübernahme für die bereits erwähnten Radschnellwege und – wie schon zum Haushalt 2019/2020 beschlossen – der Einstieg in die vom ADFC geforderten Velorouten. Noch in diesem Jahr soll die Veloroute Innenstadt – Laatzen in Betrieb gehen. Auch die Planungen der Verbindung vom Hauptbahnhof nach Langenhagen sind weit vorangeschritten. Durch diese massive Förderung gibt die Landeshauptstadt mittlerweile pro Einwohner so viel für den Radverkehr aus wie Amsterdam, die als eine der Referenzstädte für den Radverkehr gilt.

Das Thema Wohnungsbau ist unmittelbar mit der Frage nach Bauland verbunden. Wir haben auf die steigende Nachfrage nach Wohnraum schon frühzeitig reagiert. Schon 2010 hatten wir die Verwaltung beauftragt, ein Wohnkonzept 2025 zu erarbeiten. Es liegt seit Anfang 2014 vor. Seither wurden Baurechte für über 11.000 Wohneinheiten in zahlreichen Bebauungsplänen geschaffen, um Investoren genügend Flächen zur Verfügung stellen zu können. Die Zeitvorläufe von der Idee bis zum Anrollen der ersten Baumaschinen zeigt sich zum

Beispiel am Entwicklungsgebiet Kronsrode (Kronsberg-Süd). 2014 beauftragte die Politik die Verwaltung, die Flächen zu entwickeln. Bereits im Jahr 2018 wurde mit der Erschließung begonnen, 2022 werden die ersten Bewohner*innen einziehen. Insgesamt wurden im aktuellen Wohnungsbauprogramm bei einer Zielzahl von 1.000 Wohneinheiten von 2013 bis 2020 im Schnitt 1.103 Wohnungen jährlich fertiggestellt. Ab 2021 ist die Zielzahl auf 1.300 Wohneinheiten erhöht worden.

Von uns hat die Verwaltung den Auftrag erhalten, die Flächen der Schwarzen Heide westlich der Stelinger Straße planerisch für eine Bebauung zu entwickeln – eine der letzten freien landwirtschaftlichen Flächen, die sich innerhalb der Stadtgrenzen aufgrund ihrer Lage für eine Bebauung anbieten. Wegen der begrenzten Flächenauswahl für eine Entwicklung ist eine weitere Fläche in den Fokus gerückt: Allerdings gilt die 40 Hektar große Fläche der ehemaligen Ölraffinerie der Deurag-Nerag in Misburg gilt wegen zahlreicher Fliegerbomben aus dem Zweiten Weltkrieg als riesige Altlast. Gleichwohl haben wir die Verwaltung aufgefordert, mit dem Eigentümer Gespräche über eine Sanierung oder den Verkauf der Flächen aufzunehmen.

Außerdem wird mit Hochdruck an der Umwandlung bzw. Umnutzung von Bestandsflächen zugunsten von Wohnen und nichtstörendem Gewerbe gearbeitet. Aktuelle Vorhaben sind das ehemalige Postscheckamt an der Herschelstraße in Mitte, die ehemalige Feuerwache 1 in der Calenberger Neustadt, das Bumke-Gelände in der Nordstadt oder der Wohnungsbau an der Kesselstraße in Limmer.

Beim Wohnungsbau geht es darüber hinaus immer wieder um die Problematik, den Wohnraum bezahlbar zu halten, sodass auch im Neubau ein Angebot für Gering- und Normalverdienende geschaffen und in diesem Segment genügend Wohnungen zur Verfügung gestellt werden können. Dies stellt die Stadt Hannover vor große finanzielle Herausforderungen. Die Förderquote für den sozialen Wohnungsbau auf städtischen Flächen oder in neuen Bebauungsplänen haben wir im vergangenen Jahr auf 30 Prozent erhöht, in Gebieten, wo der Anteil an Sozialwohnungen ohnehin schon hoch ist, auf 25 Prozent.

Um den Wohnungsbau günstiger zu machen, haben wir eine Änderung der Stellplatzsatzung vorgeschlagen. Für eine Belegrechtswohnung muss demnach nur noch ein halber Stellplatz nachgewiesen werden, für andere Wohnungen lautet der Schlüssel – je nach Stadtbezirk – 0,6 bis 0,8. Vorher war pro Wohnung ein Stellplatz notwendig.

Mit dem Haushalt 2019/2020 haben wir beschlossen, ab 2019 zusätzliche 3 Millionen Euro für die Förderung von weiteren 90 Sozialwohnungen zur Verfügung zu stellen. Die Förderung haben wir mit dem Haushalt 2021/2022 nochmals um 500.000 Euro erhöht. Außerdem soll es neben den Sozialwohnungen und Belegrechtswohnungen einen neuen Programmpunkt mit bezahlbaren Wohnungen für Normalverdiener in Höhe von 8 Euro geben. Für das betreute Wohnen an acht Standorten erhält die städtische Tochter hanova WOHNEN zusammen mit ihren Sozialpartnern einen Zuschuss von 125.000 Euro jährlich.

Zukünftig soll sich die städtische Tochter hanova WOHNEN stärker bei der Unterbringung von Wohnungs- und Obdachlosen engagieren und hierfür in Erbpacht die Unterkunft Rote Reihe an der Schulenburg Landstraße sowie die Wohnimmobilie Schwesternhausstraße der Stiftung Rats- und von-Soden-Kloster übernehmen. Für die Sanierung erhält hanova eine Kapitalzuführung in Höhe von 12 Mio. Euro.

Mit dem aktuellen Haushalt rücken wir einen Stadtteil in den Vordergrund, der schon länger Beachtung verdient hat. Unter dem Titel „Neue Mitte Misburg“ soll in die Verwaltung den Bereich Ludwig-Jahn-Straße und Seckbruchstraße städtebaulich überplanen. Dort entstehen große Neubauvorhaben der Stadt: Misburger Bad, Kurt-Schwitters-Gymnasium, Bürgerhaus und Sportpark. Die notwendigen Haushaltsmittel haben wir bereitgestellt.

Seit dem vergangenen Jahr gehört auch wieder der Fachbereich Gebäudemanagement zum Baudezernat. Der Fachbereich plant in den kommenden zwei Jahren eine Rekordsumme an Investitionen: 113 Millionen Euro in 2021 und 141 Millionen in 2022. Dies ist rund ein Drittel aller städtischen Investitionen. Damit sollen vornehmlich Kitas und Schulen renoviert oder neu gebaut werden. Größte Einzelmaßnahme ist der Teilneubau des Kaiser-Wilhelm-Ratsgymnasiums sowie der Sophienschule mit insgesamt ca. 67 Millionen Euro. Etwa die Hälfte kosten der Neubau des Misburger Bades wie auch die Sanierung des Historischen Museums. Für das Museum konnten die SPD-Bundestagsabgeordneten Zuschüsse von 13,5 Millionen einwerben.

Umweltschutz und Grünflächen

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Philipp Kreis (Sprecher), Angelika Pluskota, Henning Hofmann (bis April 2019), Peggy Keller (ab April 2019).

Beratende Mitglieder: Christine Ranke-Heck (bis März 2020), Anja Schollmeyer (ab März 2020), Carola Sandkühler.

In Hannover und vielen Städten Deutschlands und Europas demonstrieren Schüler*innen und fordern größere Anstrengungen im Klimaschutz. Unsere Arbeitsgruppe begrüßt das Engagement der Jugendlichen auch als Unterstützung unserer Arbeit zum Klimaschutz. Hannover ist hier schon lange aktiv und Vorreiter; der Pro Klima-Fonds, verwaltet von enercity, ist nach 20 Jahren seines Bestehens immer noch ein Alleinstellungsmerkmal unter den deutschen Städten. Viele beneiden uns darum. Wir konnten erreichen, dass Pro Klima zusätzlich zu der ohnehin bereitgestellten einen Million Euro 450.000 in 2019 bzw. 425.000 Euro in 2020 zusätzlich für seine Arbeit erhält, da ein Teil der enercity-Zuwendungen in den Ausbau des E-Auto-Ladernetzes geflossen ist.

Die Klimaschutzpolitik bleibt ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Arbeit. So konnten wir erreichen, dass das Programm zur sozialverträglichen Mietpreisabfederung bei der energetischen Sanierung im Bestand des sozialen Wohnungsbaus mit 490.000 Euro jährlich fortgeschrieben wird. Ein weiteres Programm, das von der Verwaltung ebenfalls auf den Prüfstand gestellt worden war, soll ebenfalls fortgesetzt werden: Für die Minimierung der Folgen der Klimaerwärmung werden weiterhin jährlich 100.000 Euro zur Verfügung stehen, um Maßnahmen wie Regenwassermanagement, Bodenschutz, Dach- und Fassadenbegrünung, Straßenbäume, Entsigelung von befestigten Flächen und Blühstreifen zu fördern. Das dritte Programm in diesem Bereich, das zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, wird ebenfalls fortgesetzt. Damit soll der Fernwärmeanteil am Wärmemarkt in Hannover erhöht werden. Zur Bearbeitung der Programme haben wir die personelle Ausstattung in der Klimaleitstelle der Stadt verstärkt.

Wir haben die Verwaltung beauftragt, zusammen mit der Region Hannover, enercity und der Klimaschutzagentur die vorhandenen Förderprogramme zu evaluieren und Vorschläge zu erarbeiten, wie die Programme und die Zusammenarbeit noch schlagkräftiger im Sinne des Klimaschutzes gestaltet werden können, um das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen. Gleichzeitig soll ein Konzept erarbeitet werden für die digitale Beratung rund um den Bau (Neubau, Renovierung und Modernisierung), einschließlich Informationen über Fördermöglichkeiten. Die Stadt soll außerdem die Klimaschutzagentur zukünftig wieder stärker unterstützen. Energetische Quartierskonzepte und ein Konzept für eine kommunale Wärmeplanung runden unsere Anstrengungen in der städtischen Klimaschutzpolitik ab.

Kleinere Maßnahmen hierbei sind der Wunsch nach einem weiteren 1.000-Bäume-Programm in der Stadt und die Energieeinsparberatung für einkommensschwächere Haushalte. Außerdem haben wir beschlossen, dass auf Neubauten, die auf städtischen Flächen entstehen oder für die ein städtebaulicher Vertrag notwendig wird, grundsätzlich Photovoltaikanlagen installiert werden sollen.

„Hannover stromert“ heißt das Programm zur Förderung von Elektromobilität in der Stadt. Die städtische Fahrzeugflotte soll, wo immer es geht und die Entwicklung soweit ist, auf Elektroantrieb umgestellt werden. Dazu sollen in den nächsten zehn Jahren rund 900 Ladepunkte entstehen, vor allem bei öffentlichen Betrieben, Bädern, Freizeitheimen, Sportstätten, Friedhöfen, den Herrenhäuser Gärten etc. 240 Ladepunkte werden in den nächsten zwei Jahren von enercity an Straßen und auf Plätzen installiert. Der Strom soll auf unseren Wunsch aus regenerativen Quellen kommen. Damit soll der Elektrifizierung der Autos ein ordentlicher Schub verliehen werden.

Der Luftreinhalteplan setzt sich mit den Problemen auseinander, die durch Fahrzeuge mit herkömmlichen Antrieben entstehen. Gerade in einer Stadt mit einem hohen Kfz-Anteil hat die Bevölkerung ein Recht auf saubere Luft. Dem von der Stadtverwaltung vorgelegten, umfangreichen Luftreinhalteplan haben wir einige politische Forderungen hinzugefügt, wie zum Beispiel der Stärkung des Öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) durch Einführung eines günstigen 365-Euro-Jahresticket, um mehr Menschen zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu bewegen.

Auf unseren Antrag hin hat der Bund eine Förderung für einen Roofwalk in der Innenstadt in Höhe von 2,7 Millionen Euro zugesagt. Die Idee ist, große Dachflächen in der Innenstadt zu begrünen (Dachgärten) und durch Stege und Brücken miteinander zu verbinden. Neben dem Naturerlebnis in der dicht bebauten Innen-

stadt erhoffen wir durch die begrünten Dächer einen positiven Einfluss auf das Kleinklima, da sich die Innenstadt in heißen Sommern doch sehr aufheizt. Gleichzeitig erhöht sich die Attraktivität der Innenstadt.

Die weiteren Punkte zeigen den Umfang des Arbeitsgebietes im Bereich Umwelt und Grün. Die Verwaltung haben wir aufgefordert, die bestehende Friedhofssatzung zu überarbeiten. Die Beratung soll verbessert, die Friedhofsverwaltung digitalisiert und mehr Personal zur Verfügung gestellt werden. Zudem soll die Verwaltung über kostengünstige Begräbnisformen nachdenken. Für den Einbau eines Kolumbariums in die denkmalgeschützte Neue Kapelle auf dem Seelhorster Friedhof haben wir Haushaltsmittel eingestellt.

Hannover soll sauberer werden. Diese politische Forderung hat die Verwaltung aufgegriffen und ein neues Konzept „Hannover sauber“ vorgestellt. Die Straßenreinigung hat aha bereits ausgeweitet. Weitere Punkte, wie die Umstellung von den Gelben Säcke auf eine Gelbe Tonne oder ein weiterer Taubenschlag in der Stadt, müssen noch bearbeitet werden. Zur Sommersaison erwarten wir auch sauberere Grünflächen durch die Änderung der bisherigen Konzepte.

Das Kleingartenkonzept wurde dahingehend verändert, dass keine Kleingärten zur Baulandentwicklung in Anspruch genommen werden. Stattdessen soll der Schwerpunkt der Arbeit auf der Schaffung einer neuen Kleingartenanlage auf dem Kronsberg liegen. Außerdem sollen bestehende Anlagen modernisiert werden.

Mit dem Insektenschutz beschäftigten sich mehrere unserer Anträge. So sollen vermehrt Blühflächen auf öffentlichen Grünflächen angelegt werden. Beim Agrikulturprogramm, das festlegt, welche Flächen in den Stadtgrenzen längerfristig als Äcker und Wiesen dienen, soll vermehrt darauf hingewirkt werden, dass die Flächen ökologisch bewirtschaftet werden. Außerdem haben wir ein Entwicklungskonzept für den Stadtpark in Auftrag gegeben. Der zusammen mit der Stadthalle 1913/14 entstandene Stadtpark diente 1951 als Bundesgartenschauland und gilt als eines der bedeutenden Gartenkunstwerke. Die Konzepterstellung soll auch eine Bürger*innenbeteiligung einschließen.

Die Naturschutzverbände, Vereine und Initiativen genießen in der Stadtgesellschaft ein hohes Ansehen, kümmern sich um den Artenerhalt bei Tieren und Pflanzen, nehmen eine Wächterfunktion ein und begleiten meist kritisch die politische Arbeit. Der gegenseitige Austausch ist dennoch fruchtbar, weil in der Sache die gleichen Ziele verfolgt werden. Nach zahlreichen Gesprächen mit den Zuwendungsempfängern wurden die Zuschüsse für den BUND, die Bürgerinitiative Umweltschutz (BiU), Transition Town Hannover, den Wissenschaftsladen, das Umweltzentrum und den außerschulischen Lernort Gut Adolphshof erhöht. Zukünftig soll auch der Vermehrungsgarten in Ricklingen eine eigene Zuwendung erhalten.

Erneut haben wir auch das Programm zur ökologischen Aufwertung von Schulhöfen, Kinderspielplätzen und jetzt auch Grünflächen in den Stadtbezirken mit Finanzmitteln ausgestattet. Dazu erhält jeder Stadtbezirk 0,50 Euro pro Einwohner*in zur eigenen Verfügung; insgesamt stehen hierfür 250.000 Euro zur Verfügung.

Daneben beschäftigte sich unsere Arbeitsgruppe mit kleineren Projekten, wie den Fußwegen am Maschsee, einem Bolzplatz für Wülfel, einem Lückenschluss im Julius-Trip-Ring, Trinkwasserspendern im Stadtgebiet, Angelplätzen für Menschen mit Behinderungen, der Bekämpfung von invasiven Neophyten, Hundekotbeutel-spendern oder einer möglichen Betonpfeilerbegrünung. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen mit neuen Bewegungsparcours, unter anderem am Sportleistungszentrum, oder der Aufwertung der Grünflächen zwischen Hans-Meinecke-Weg und Pastor-Jäckel-Weg. Ein bunter Strauß unterschiedlichster Themen und Aufgaben.

Organisation und Personal

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Bruno Gill (Sprecher), Christine Kastning (Ausschussvorsitzende), Andreas Markurth.

Beratendes Mitglied: Hülya Iri.

Aufgrund des Wachstums unserer Stadt und dem damit einhergehenden Zuwachs an Aufgaben der Stadtverwaltung ist die Zahl der Beschäftigten der Landeshauptstadt auf 11.000 gewachsen. Als Arbeitsgruppe für Organisation und Personal (OPA) haben wir den Personalaufbau und die Personalentwicklung begleitet. Dabei stehen wir nun aufgrund der angespannten Haushaltslage vor erheblichen Herausforderungen – voran bei der Umsetzung des aktuellen Haushaltssicherungskonzeptes X, das in den nächsten Jahren eine umfassende Aufgabenkritik und Optimierung von Prozessen in der Verwaltung mit sich bringen wird. Darüber, wie auch

über Fragen der Personalentwicklung allgemein, sprechen wir regelmäßig mit den Personalvertretungen, insbesondere mit dem Gesamtpersonalrat (GPR).

Mit dem Gesamtpersonalrat (GPR) – wie auch mit der Verwaltung – haben wir in den letzten Wochen intensiv über die Verhandlungen zum städtischen Tarifvertrag gesprochen. Dabei haben wir den Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) aufgefordert, im Sinne unserer Stadt zu handeln und einer Verständigung trotz einiger Bedenken seitens des KAV zuzustimmen.

Bei der Stellenplanung haben wir eigene Akzente setzen und dadurch zusätzliche Stellen in verschiedenen Bereichen schaffen können. Dazu wurde zumindest die Erfüllung gesetzlich vorgeschriebener Aufgaben abgesichert. Zugleich haben wir die Verwaltung aufgefordert, die Zahl der Ausbildungsplätze anzuheben und den Quereinstieg von Bewerber*innen in die Verwaltungslaufbahnen zu vereinfachen. Auch wollen wir den Anteil von Beschäftigten mit Migrationsgeschichte unter den städtischen Beschäftigten erhöhen, damit sich im Personalkörper der Stadt die Vielfalt unserer Stadtgesellschaft widerspiegelt und Migrant*innen zu einer Bewerbung bei der Stadt ermutigt werden.

Zuständig sind wir auch für die Bezirksräte und für die Integrationsbeiräte. Deren Arbeit wollen wir verbessern und auch hier Menschen mit Migrationsgeschichte zur Mitarbeit motivieren. Deshalb haben wir die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für die Stärkung der Integrationsbeiräte und deren Mitglieder zu erarbeiten.

Welchen Stellenwert Digitalisierung hat, ist im Zuge der Corona-Pandemie nochmals deutlicher geworden. Die Stadtverwaltung hat hier noch einigen Verbesserungsbedarf, voran beim Online-Angebot für Terminvergaben, für den Formularenservice oder bei der automatisierten Hilfe bei Anfragen von Bürger*innen. Die Digitalisierungsstrategie der Landeshauptstadt muss ebenso zügig umgesetzt werden wie das Onlinezugangsgesetz. Neben der Ausstattung öffentlicher Gebäude und des öffentlichen Raums mit WLAN haben wir deshalb der Verwaltung im Stellenplan den Spielraum eröffnet, im Bereich der Digitalisierung weitere Stellen einzurichten.

Hannover hat gute Erfahrungen in und mit der Beteiligung von Bürger*innen, etwa im Vorfeld der Expo2000, beim Beteiligungsprozess „City 2020+“ oder jüngst auch zur Gestaltung des Steintorplatzes. Wir haben die Koordinierungsstelle für Einwohner*innenbeteiligung mit zusätzlichen Stellen ausgestattet. Und wir arbeiten derzeit an Überlegungen, wie die Bürger*innenbeteiligung ausgebaut werden kann.

Finanzen

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Dr. Jens Menge (Sprecher), Christine Kastning, Belgin Zaman (Ausschussvorsitzende)

Beratende Mitglieder: Christopher Finck; Michael Gertz, Michael Homann (beide seit Februar 2020).

Nachdem die Ertragslage unserer Stadt sich in den letzten Jahren deutlich verbessert hatte, da vor allem die Gewerbesteuer sprudelte, hat die Corona-Pandemie den städtischen Haushalt in eine extrem schwierige Lage gebracht: Die Steuereinnahmen sind eingebrochen, und die Ausgaben werden nicht kleiner.

Unmittelbar nach Beginn der Pandemie haben wir millionenschwere Rettungspakete für die Wirtschaft, darunter die Gastronomie, für Sportvereine und für Kulturschaffende auf den Weg gebracht. Die Messe und der Flughafen haben Bürgschaften erhalten, um die notwendigen Kredite für den Erhalt dieser beiden außerordentlich wichtigen Unternehmen aufnehmen zu können; die Messe hat zudem eine Kapitalzuführung bekommen. Um die Messe zukunftsfähig aufstellen und das Messegelände breiter „bespielen“ zu können, haben wir zudem Konzepte für eine moderne, urbane Messe in Auftrag gegeben.

Eine Kapitalzuführung haben wir auch der städtischen Wohnungsbautochter hanova Wohnen zugewilligt, damit sie die notwendigen Investitionen zur Schaffung bezahlbaren Wohnens und vor allem zur Schaffung von Unterkünften für wohnungslose Menschen tätigen kann.

Um zusätzliche Einnahmen für die Landeshauptstadt zu erzielen, haben wir Stellen eingerichtet, die Fördermittel beim Bund, bei der EU und anderen Geldgebern recherchieren und einwerben sollen. Zugleich soll die Stadt durch einen Zuschuss dafür sorgen können, dass freie Träger bei Fördermittelanträgen an die EU den notwendigen Eigenanteil nachweisen können, um in den Genuss einer EU-Förderung zu kommen.

Bereits zum Haushalt 2019/2020 hatten wir die Verwaltung beauftragt, die Vergnügungssteuersatzung zu überarbeiten. Die moderate Erhöhung der Parkgebühren soll vor allem zu einer Entlastung des öffentlichen Straßenraums und zu einer besseren Auslastung der – günstigeren – Parkhäuser führen; auch dadurch erzielen wir zusätzliche Einnahmen im städtischen Haushalt.

Im vergangenen Jahr hat die Verwaltung auf unseren Antrag hin das Zuwendungswesen modernisiert. Den Zuwendungsempfängern wird dadurch die Antragstellung erleichtert; zugleich können Politik und Verwaltung den zielgerichteten Einsatz der Zuwendungen besser kontrollieren und steuern. Durch die Dynamisierung der Zuwendungen für Personalkosten werden diese nun laufend angepasst, wodurch die Zuwendungsempfänger mehr Planungssicherheit erhalten.

Verständlicher soll der Haushaltsplan für die Bezirksräte werden. Deshalb haben wir die Verwaltung beauftragt, den Haushaltsplan so transparent zu gestalten, dass darin wesentliche Mittelverwendungen nach Stadtbezirken sortiert ablesbar werden.

Die Straßenausbaubeiträge, die vor allem in Stadtteilen für Unruhe sorgten, die nicht so dicht bebaut sind, hatten wir ab 2019 abgeschafft. Dennoch werden die notwendigen Investitionsmittel für die Straßensanierungen bereitgestellt, wie auch das Investitionsprogramm der Stadt in den letzten Jahren, auch zum aktuellen Haushalt 2021/2022 – trotz der angespannten Haushaltslage –, nochmals erheblich ausgeweitet worden ist. In den Genuss der zusätzlichen Investitionsmittel kommt vor allem der Bildungsbereich, für den erhebliche Mittel für Schul- und Kita- Neubau und –Sanierungen bereitgestellt worden sind.

Die städtischen Beteiligungen haben wir – auch in der Corona-Krise – auf einem guten Kurs gehalten. Als Garanten der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Bereichen Energie, Wasser, Verkehr und Kreditwesen sind sie für uns unverzichtbar. Um Interessenkonflikte, Vorteilsnahmen u.ä. zu unterbinden, sind auf unseren Antrag hin die Compliance-Regeln für die städtischen Beteiligungsunternehmen verschärft worden.

Im Bereich Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit blicken wir auf eine positive Entwicklung der Kriminalitätsstatistik: Die Kriminalität in Hannover ist zurückgegangen – das ist ein großer Erfolg! Um dem Gefühl vieler Menschen in unserer Stadt zu begegnen, sie lebten unsicherer, haben wir im Sommer 2017 ein Konzept für mehr Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Raum verabschiedet. Ziel ist es, den Menschen in unserer Stadt einen unbeschwerten Aufenthalt auf Straßen und Plätzen zu ermöglichen.

Auf diesem Konzept bauen wir nun auf, indem wir für bestimmte Bereiche vor allem in Hannovers Innenstadt weitere Maßnahmen vorsehen. Dabei setzen wir in erster Linie nicht auf „law and order“, sondern auf die Verbindung von Ordnungs- und Sozialpolitik. So möchten wir ein „Haus der Prävention“ einrichten, wo nicht nur Polizei und Ordnungsdienst präsent sind, sondern auch sozialarbeiterische Angebote vorgehalten werden. Für den Weißekreuzplatz erwarten wir ein neues Konzept, das auf der Bürger*innenbeteiligung von 2017 aufsetzt und durch eine klare Struktur Nutzungskonflikte ausschließt, ohne dabei schwierigere Nutzer*innengruppen zu verdrängen.

Stärken wollen wir auch den Kommunalen Präventionsrat. Dessen Expertise soll noch besser genutzt werden können, indem seine Empfehlungen bei Beschlüssen der Ratspolitik und der Verwaltung berücksichtigt werden und der KPR noch stärker in die Öffentlichkeit wirken kann.

Ergänzend zu dem Sicherheits- und Ordnungskonzept haben wir im vergangenen Jahr das Konzept „Hannover sauber!“ verabschiedet: Unsere Stadt soll sauberer werden. Dafür wird die Abfallfahndung verstärkt werden und mit dem städtischen Ordnungsdienst zusammenarbeiten. Illegal entsorgter Müll soll von aha schneller beseitigt werden. Bei Verstößen sollen die Möglichkeiten des Bußgeldkataloges voll ausgeschöpft werden.

Sicherheits- und Sauberkeitskonzept sind von allen Bezirksräten in mehreren Runden beraten worden, da sie auch auf Stadtbezirke ausgedehnt worden sind. Die Erfahrungen mit der Umsetzung des Sicherheits-, Ordnungs- und Sauberkeitskonzeptes werden in und mit den Bezirksräten ausgewertet und die Konzepte laufend angepasst werden.

Für diesen Sommer 2019 erwarten wir eine Auswertung des Sicherheits- und Ordnungskonzeptes, auf dessen Grundlage wir die beschlossenen Maßnahmen gegebenenfalls anpassen und ausweiten werden.

Für die Pandemie-Bekämpfung sind die Rettungsdienste eine unverzichtbare Ergänzung zu den Feuerwehren in unserer Stadt und zu den Kliniken (in) der Region. Gerade im Zuge der Impfkampagne gegen Covid-19 haben die Rettungsdienste wichtige Aufgaben übernommen. Zugleich leiden sie unter dem Ausfall von Einnahmen, die ihnen üblicherweise durch Erste-Hilfe-Kurse oder Einsätze zu größeren Veranstaltungen zukommen. Wir haben deshalb den Rettungsdiensten im Katastrophenschutz zum aktuellen Haushalt 2021/2022 einen größeren Zuschuss gewährt und wollen die Zahlungen an die Rettungsdienste in den nächsten Jahren aufrechterhalten.

Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Christine Kastning (Sprecherin), Bruno Gill, Florian Spiegelhauer (Ausschussvorsitzender).

Beratendes Mitglied: Peggy Keller.

Der Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters (GBOB) bearbeitet zentrale, strategische Themen der Stadtverwaltung und -entwicklung, darunter der Wissenschaftsstandort Hannover, Strategien zur Internationalisierung und zur Digitalisierung Hannovers, oder die Entwicklung des Ihmezentrums. Der zugehörige Ausschuss ist zum Ende des vergangenen Jahres aufgelöst und seine Aufgaben von verschiedenen Fachausschüssen übernommen worden.

Dazu gehören das Handlungskonzept „Hannover – internationale Stadt“, das fortan vom Internationalen Ausschuss begleitet wird, die Digitalisierung (Organisation und Personal), der Wissenschaftsstandort Hannover (u.a. Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten) sowie das Schützen- und das Maschseefest (fortan im Sportausschuss). Für das Maschseefest haben wir ein neues Verkehrskonzept beschlossen, für das Schützenfest ein neues Sicherheitskonzept, das gut angenommen wurde, ein modernisiertes Veranstaltungskonzept soll folgen.

Für die Herrenhäuser Gärten (fortan im Kulturausschuss) wurden auf unseren Beschluss hin neue Angebote für Kinder und Jugendliche für die Gärten entwickelt. Im Berggarten werden ein neuer Vortragsraum und ein neues Schauhaus entstehen. Im Georgengarten haben wir die Erneuerung der Skateranlage beschlossen.

Das Ihmezentrum, das inzwischen den Rang eines „Nationalen Monuments der Städtebaus“ der 1970er-Jahre genießt, wird seit Anfang 2018 saniert. Wir haben die schwierigen Verhandlungen und Planungen begleitet, bei denen die Verwaltung strikte Auflagen daran gebunden hat, dass sie eine der wichtigsten Mieterinnen in dem Gebäudekomplex bleibt. Da die Sanierungsarbeiten immer wieder ins Stocken geraten, werden wir die Entwicklung des Ihmezentrum sehr genau im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss begleiten.

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktionsvorsitzender: Lars Kelich

Friedrichswall 15 | 30159 Hannover

Tel. 0511-168-45 310 | Fax 0511-168-43 624

spd@hannover-stadt.de | www.spdratsfraktionhannover.de

Facebook: <https://www.facebook.com/SPDRatsfraktionHannover>,

Instagram: <https://www.instagram.com/spdrathannover/>

Twitter: <https://twitter.com/spdrathannover/>



Redaktionsschluss: 29. April 2021